

← Die Thesen wurden vorgetragen auf der Zukunftswerkstatt "Macht des Handelns" - "Ökonomische und soziologische Überlegungen zur Krise der globalen Wirtschaft" am 4.7.2009 im "Zentrum für Ökonomische und soziologische Studien" (ZÖSS) der Universität Hamburg. Das ZÖSS behandelte die Frage: Was können wir uns als Alternativen zum augenblicklichen Krisenszenarium vorstellen? Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es? Die Impulsreferate lieferten Prof. Dr. Peter Faulstich (Universität Hamburg), Dipl. Geograph Andreas Obersteg (HCU Hamburg), Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel (HU Berlin) Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup (FH Gelsenkirchen) und Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling (Philipps Universität Marburg).

Peter Faulstich verfolgte die Frage nach der Bildung für die Perspektiven der Befähigung zum Handeln. Wieder einmal wird Weiterbildung mit Ansprüchen unmittelbarer Krisenbereinigung überlastet. Statt kurzfristiger Reparaturversuche steht aber - überraschend und unvorbereitet - die Frage nach Wirtschaftsdemokratie und die Rolle der Bildung dabei auf der Tagesordnung. Wir dokumentieren neun Thesen, die Peter Faulstich auf der Veranstaltung über die Rolle der Bildung in Zeiten der Krise gehalten hat.

Wirtschaftskrise und „Kompetenzentwicklung“ – bildet die Krise?

9 Thesen zur Entwicklung der Bildungspolitik in Zeiten der Krise

1. Obwohl sich an der Börse einige Finanzmakler schon wieder für die nächste Runde der Rendite warmlaufen, verbreitet sich selbst bei hartnäckigen Neoliberalen die Resignation, dass sich die Hoffnung, der Spuk sei schnell vorbei, als Illusion erweist. Der IFO-Geschäftsklima-Index ist der aktuelle Fetisch der Marktgläubigkeit.
2. Was als Finanzkrise begonnen hat, setzt sich fort als Krise der Realökonomie. Platzen der Finanzblase und Überakkumulationskrise ausgehend von der Automobilindustrie treffen zusammen. Die Krisenwelle wird zeitversetzt den Arbeitsmarkt 2010 mit voller Wucht erreichen.
Besonders jüngere Geringqualifizierte, sowie Schul-, Berufsausbildungs- aber auch Hochschulabsolventen sind besonders betroffen. Im Juni 2009 war ¼ der Neuzugänge in Erwerbslosigkeit vorher noch nie erwerbstätig. Es entsteht eine prekäre Generation.
3. Die offizielle Arbeitsmarktpolitik besonders des BMAS versucht die alte Heilformel „Personalkostenreduktion durch Entlassung“ zu ersetzen durch das Arzneimittel „Qualifizieren statt Entlassen“ bzw. durch die aktuelle Variante „Kurzarbeit plus Weiterbildung“.
Dies findet bei den Gewerkschaften hohe Zustimmung. Die IGM hat auf ihrer Seite WAP zahlreiches Material zum Gebrauch durch die Betriebsräte bereitgestellt.
4. Allerdings wird das Medikament bei den Unternehmen schlecht angenommen: Im Juni 2009 gab es ungefähr 1 Million Kurzarbeiter; durch „Kurzarbeit und Weiterbildung“ wurden etwa 30.000 Beschäftigte aufgefangen, durch das WeGeBAU-Programm etwa 10.000. Im Resultat wurden etwa 4% der Kurzarbeitenden in Weiterbildung einbezogen.
Die meisten Personalchefs erweisen sich als resistent. „Denn Betriebe werden

Kurzarbeit nur dann einsetzen, wenn ihre Kosten niedriger sind als alternativ anfallende Entlassungs- und Einstellungskosten“ (IAB-Kurzbericht 14/2009).

5. Dafür gibt es einsichtige Gründe: Nach wie vor dominiert die Strategie, Stammpersonal zu reduzieren und finanzielle Dauerbelastungen zu externalisieren. Aber selbst das Institut der Deutschen Wirtschaft (iw) titelt zum Arbeitsmarkt: „Der große Unbekannte“. Die Qualifikationsbedarfe „danach“ sind kaum abzuschätzen. Außerdem wurden Kompetenzentwicklungsangebote in der Vergangenheit abgebaut, sodass eine tragfähige Weiterbildungsstruktur nicht zur Verfügung steht.
6. Die „Brückenfunktion“ von Weiterbildung erweist sich als Legitimationsformel symbolischer Politik. Angezogen wird das bildungsmeritokratische Modell sozialer Ungleichheit, nach dem die gesellschaftlichen Hierarchien in Leistungsunterschieden des Bildungserfolgs beruhen. Eigentums- und Einkommensunterschiede werden verschwiegen und unerschlagen. Demnach gilt: Wer nicht weiterkommt hat versagt. Ideologisch erfolgt eine Schuldzuweisung an die Individuen, die sich nicht genügend um Weiterbildung bemühen. Employability wird als „Bringschuld“ gefordert. Faktisch jedoch kehrt sich die Formel um: „Kurzarbeit statt Weiterbildung“. Ende Juni hat die Koalition beschlossen, die vorherige Kopplung betrieblicher Weiterbildung und staatlich besonders geförderter Kurzarbeit aufzulösen. Die Bundesagentur übernimmt ab Juli sämtliche Sozialbeiträge – und zwar unabhängig davon, ob der Arbeitgeber die Kurzarbeiter weiterbildet oder nicht. Erwerbslosigkeit wird durch Kurzarbeit überdeckt.
7. Man treibt also langfristig in Hilflosigkeit und Handlungsunfähigkeit, wenn man auf Weiterbildung als Universalmedikament gegen die Erwerbslosigkeit setzt. Einerseits wäre dies eine heillose Überforderung; andererseits wäre dies eine Verkürzung der Bedeutung von Bildung. Zum einen werden gesellschaftliche Probleme in Weiterbildungsdesiderate umgedeutet; zum anderen wird Bildung verkürzt auf Funktionalität für Anpassungszwecke. Es geistert die Vorstellung einer „passgenauen Qualifikation“ durch die Debatte, so als gäbe es Puzzelteile in den Köpfen, die in ein vorgegebenes Muster eingepasst werden könnten.
8. Bildung oder – modernistisch formuliert – Kompetenzentwicklungsstrategien müssen eingebunden werden in umfassende gesellschaftliche Entwicklungsperspektiven. Bemerkenswert ist, dass eine grundsätzliche Diskussion über die Zukunft der Arbeit gegenwärtig kaum stattfindet, obwohl sie doch gerade jetzt notwendig wäre und sich anbietet, nachdem die alten Denkverbote wegfallen. Die alternativen Optionen der Zukunft der Arbeit lassen sich – überpointiert und alternativ zugespitzt – knapp benennen:

I.: Senkung der Lohnnebenkosten; Technisierung; Globalisierung; Niedriglöhne; Bürgerarbeit.
II.: Verkürzung der Arbeitszeit; Regionalisierung; Ökologisierung; Garantierte Erwerbsarbeit; Ausweitung der Gemeinschaftsarbeit.

Erst im Rahmen einer Arbeitsbezogenen und ökologisch fundierten Option der Zukunft der Arbeit erhält ein Kompetenzpfad für die Bildungsexpansion ihren sinnvollen Stellenwert. Dies knüpft an die Vorstellung der Wirtschaftsdemokratie und den Gedanken der Wirtschafts- und Sozialräte an.
9. Dazu bedarf es eines durchgängigen Ausbaus der Bildungsmöglichkeiten vom

Vorschulalter bis zur Altenbildung. Angesichts der Milliardenbeträge die gegenwärtig aktiviert werden, sind Finanzargumente nicht mehr tragbar. Eine bessere Bildung für alle ist möglich.

Konkrete Ansatzpunkte können sein:

- Aktualisierung der bildungsbezogenen Ansätze des vor vierzig Jahren verabschiedeten AFG im SGB III;
- Ausweitung des AFBG besonders hinsichtlich der Anspruchsberechtigung;
- Systematisierung der Weiterbildungsstrukturen durch Bundesregelungen zur Weiterbildung.

Quelle: Prof. Dr. Peter Faulstich, Universität Hamburg 4/7/2009

Schlagworte zu diesem Beitrag: Lebenslanges Lernen, Berufliche Weiterbildung

Quelle: www.netzwerk-weiterbildung.info 13.07.2009